

## AKTUELLE KOLUMNE

### **Lernziel Emanzipation und Demokratie. Große Idee mit kleinem Budget: Zur Eröffnung des *Offenen Kanals* in Kassel**

Am 17. August war es endlich auch in Hessen so weit: freundlich wohlwollende Grußworte, ambitionierte Diskussionsrunden und volkstümliche Unterhaltung. In Kassel wurde der erste Offene (Fernseh-) Kanal nach etablierten Vorbildern eröffnet. Die Feierlichkeiten in den Studio-räumen des zentralgelegenen Hauptbahnhofs dienten zugleich der Erprobung der ersten Live-Sendung - großes Engagement mit technischen Schwierigkeiten. Aber Perfektion gehört auch nicht zum Konzept des Bürgerfernsehens. Was zählt sind Begeisterung und Phantasie von jedermann und jederfrau für große wie für kleine Themen. Und gesendet wird über Kabel alles, was nicht den ehernen Regeln des Jugendschutzes, dem Verbot von Werbung und Gewaltverherrlichung widerspricht. Dabei liegt die alleinige Verantwortung für die Beiträge beim Produzierenden, der mit Name und Adresse in Vor- und Abspann zu seinem Werk stehen muß.

Aus Erfahrungen und Problemen, die sich bei der Einrichtung und Unterhaltung Offener Kanäle in anderen Bundesländern ergeben haben, wurden in Kassel nur bedingt Konsequenzen gezogen. Das gilt zum einen mit Blick auf die geringe Reichweite des Kanals, die sich auf einen regional sehr begrenzten Raum, die Stadt Kassel und die nächsten umliegenden ländlichen Kommunen, beschränkt und - weil zunächst über Kabel arbeitend - mit maximal nur knapp 60.000 potentiellen Empfänger rechnen kann. Eine großzügigere Auslegung des Projekts *Offener Kanal*, die auch Mittelhessen miteinbezogen hätte, ließ sich dem Vernehmen nach in den Entscheidungsgremien nicht durchsetzen. Zum anderen hat Kassel mit der schon früher praktizierten Strategie, auf ein Programm-schemata bewußt zu verzichten, auch deren Probleme übernommen: Zumal in der Anfangsphase ist ein Offener Kanal auf massive publizistische Begleitung und Unterstützung durch die Tagespresse angewiesen, um angesichts fehlender Programmstrukturen dauerhaft öffentliche Aufmerksamkeit und Akzeptanz garantieren zu können. Eine große Reichweite und Popularität in der Bevölkerung sowie praktizierte Produktivität für den eigenen Kanal durch alle Bevölkerungsschichten ist jedoch Voraussetzung für die Verlängerung nach einer Probephase von 3 Jahren.

Hessen ist das letzte westdeutsche Bundesland, das im Dezember 1988 mit einem Privatrundfunkgesetz die Voraussetzungen für private Rundfunkbetreiber und die damit verbundene Möglichkeit eines Offenen Kanals schuf. Als Träger fungiert die ebenfalls in Kassel ansässige Landesanstalt für privaten Rundfunk (LPR Hessen). Wie ihre Entsprechun-

gen in anderen Bundesländern bestimmt diese Institution über die Zulassung privater Rundfunkanbieter, überwacht die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen, fördert die Infrastruktur zur drahtlosen Versorgung und ist nicht zuletzt zur Einrichtung Offener Kanäle verpflichtet. Dafür stehen der LPR jährlich ein Prozent der hessischen Rundfunkgebühren - 700.000 DM - zur Verfügung. Die technischen und personellen Kosten des Bürgerkanals - "Kommunikationshelfer" stehen den Amateuren zur Schulung und Beratung zur Verfügung - sollen mit dem kleinen Betrag von 60.000 DM gedeckt werden.

Da drängt sich schnell der Verdacht auf, daß die Offenen Kanäle als Alibi das Schuldbewußtsein der Länder statuieren, die ihre Bürgerinnen und Bürger in einer immer unübersichtlicher werdenden (privaten) Bilderflut versinken sehen. Vielleicht rühren da die eindringlichen Appelle der Politiker her, die die pädagogischen und emanzipatorischen Qualitäten der Offenen Kanäle rühmen. In ihren Ansprachen werden dann weltweite Satellitentechnik gegen kommunale Berichterstattung gesetzt, passive Zaungäste gegen aktive Gestalter, träge Konsumenten gegen kreative Produzenten. 'Bürger machen Fernsehen für Bürger', das unabhängig und unbürokratisch nach dem Warteschlangenprinzip funktioniert, das parteiisch sein soll, Unmut kundtun, Probleme benennen und angreifen soll; Meinungsvielfalt allein durch die Beteiligung vieler Bevölkerungsschichten. Und die ist letztlich Voraussetzung für die Verlängerung der 3-jährigen Probephase.

Damit wird die öffentlich-rechtliche Rundfunk-Idee neu belebt - auf regionaler Ebene.

Anke Schnackenberg (Marburg)